

## **Demokratiebildung, Demokratieförderung, Demokratiepädagogik, Demokratieerziehung, Demokratiedidaktik, Demokratielernen, Demokratieentwicklung... wie jetzt?**

### Die neue Unübersichtlichkeit in der politischen Bildung

*Benedikt Widmaier*

#### **Zusammenfassung**

*Mit der Etablierung der Demokratiepädagogik wurde eine Vielzahl neuer Begriffe geschaffen, die als synonyme oder ergänzende Begriffe der politischen Bildung genutzt werden. Die Manifestierung dieser Begriffe zog eine ebensolche Vielzahl politischer Programme sowohl in der Kinder- und Jugendbildung als auch in der Erwachsenenbildung nach sich, die als neue Praxis auf der Basis dieser unklaren Begriffe eine parallele Systematik und Struktur der politischen Bildung fördern. Dies gilt es kritisch zu thematisieren.*

Im vergangenen Jahr kündigte der Titel eines Beitrags in der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“ eine Renaissance der politischen Bildung an (Becker 2017). Das wäre erfreulich, nachdem die gesellschaftliche Stimmung lange Zeit sehr antipolitisch war und das Politische selbst da außen vorgehalten wurde, wo es eigentlich im Zentrum stehen sollte. Während noch bis in die 1980er-Jahre hinein der Slogan von 1968 nachwirkte, dass das Private politisch sei, galt dann über viele Jahre eher der Slogan „Nichts ist politisch“ (vgl. dazu Widmaier 2009). Dass solche gesellschaftlichen Entwicklungen der Entpolitisierung auch den Bedeutungsverlust einer Profession mit dem Präfix „politische“ (Bildung) mit sich gebracht haben, ist zunächst nicht erstaunlich.

Anlass nun eine Renaissance der politischen Bildung zu wittern, war der im Frühjahr 2017 erschienene Jugendbericht der Bundesregierung, in dem in bemerkenswertem Umfang von politischer Bildung gesprochen wird (vgl. Widmaier 2017a). In den davor liegenden Jugendberichten wurde der Begriff „politische Bildung“ kaum, im letzten Jugendbericht 2013 überhaupt nicht (mehr) erwähnt. Im Mittelpunkt des Berichts 2013 stand stattdessen der Begriff „Engagement“, der im Text gleich 220 Mal auftauchte. Natürlich hätte man auch Engagement und politische Bildung in einen

sinnvollen, vielleicht sogar notwendigen Zusammenhang bringen können (vgl. etwa Götz u. a. 2015). Aber daran hat in diesen entpolitisierten Zeiten eben niemand gedacht.

## 1. Renaissance der politischen Bildung

Man reibt sich deshalb tatsächlich die Augen, wenn man den 15. Kinder- und Jugendbericht (KJB 2017/Bundestagsdrucksache 18/11050) liest. Zwar wird in der Jugendforschung, etwa in den Shell-Jugendstudien, seit einiger Zeit ein verhaltener Anstieg des Interesses der Jugend an Politik wahrgenommen. Der aktuelle Jugendbericht analysiert im Gegensatz dazu aber nicht mehr nur zurückhaltend, sondern fordert, politische Bildung (wieder) in den Vordergrund der Jugendforschung und der Jugendpolitik zu rücken.

Die politische Bildung genießt im Bericht quantitativ und qualitativ eine hohe Wertschätzung. Sowohl in der Stellungnahme der Bundesregierung als auch in der Zusammenfassung wird das etwa durch die beiden folgenden Zwischenüberschriften deutlich: „Neue Kultur der politischen Bildung und der Demokratiebildung“ (KJB 2017, S. 26) und „Politische Bildung in der Kinder- und Jugendhilfe ist notwendiger denn je.“ (ebd., S. 67)

Konzeptionell wird dabei die außerschulische politische Bildung favorisiert. Ein zentraler Satz lautet folgerichtig: „Notwendig ist es, dass die Kinder- und Jugendarbeit das Politische ihrer eigenen Arbeit und die Notwendigkeit der politischen Bildung neu erkennt und entsprechende Ideen und Angebote der aktiven Beteiligung und des handelnden Engagements entwickelt.“ (KJB 2017, S. 67)

## 2. Etablierung der Demokratiepädagogik

Das klingt ambitioniert. Aber wer soll denn, neben den hier benannten Jugendverbänden, die Wiederbelebung der politischen Bildung in die Hand nehmen? Oder geht es gar nicht um politische Bildung im engeren Sinne? Und worum geht es dann?

Seit langem schon gibt es die Tendenz im Zuge einer sich ausdifferenzierenden Profession weniger von „Politik“ und „dem Politischen“ als Gegenstand der politischen Bildungsarbeit zu sprechen, sondern vorzugsweise von „Demokratie“ und „dem Demokratischen“. Die Begründung dafür passte in ihre Zeit. Denn die zunehmende Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Politik und der politischen Klasse erreichte einen ersten Höhepunkt in den 1990er Jahren. 1992 war „Politikverdrossenheit“ das Wort des Jahres.

Anfang der 2000er Jahre entwickelte sich auch die wissenschaftlich-pädagogische Debatte über politische Bildung in eine vergleichbare antipolitische Richtung. Peter Fauser und Wolfgang Edelstein stellten damals in einem Gutachten, das Ausgangspunkt eines großen Modellprojekts mit dem Titel „Demokratie lernen und leben“ war, eine Verbindung zur Politikverdrossenheit der Jugend her (Edelstein/Fauser 2001, u. a. S. 11 f.). Für sie war klar, dass man „auf politisches Interesse [der Jugend]

im weiteren Sinne [...] bei einem Programm ‚Demokratie lernen und leben‘ nicht setzen“ könne (ebd., S. 14). Sie sprachen weiterhin von Entpolitisierung, Verdrossenheit, Distanz, Ausgeliefertsein, extremer Komplexität der Politikmaterie, Ohnmacht sowie Korruptionsverdacht.

So zeichneten Fauser/Edelstein unkritisch ein die Politik und das Politische diskreditierendes Gesamtbild nach. Statt eine politisch-pädagogische Gegenstrategie zur Rehabilitierung der Politik und des Politischen zu entwickeln, favorisieren sie den Begriff der „Demokratie“ und lieferten damit eine Begründung für eine neue „Demokratiepädagogik“: Demokratie bezeichne „eine historische Errungenschaft.“ Sie als „Lebensform, als Gesellschaftsform und als Regierungsform“ zu erhalten, hänge „von dem Wissen, den Überzeugungen und der Bildung aller“ ab. Im Vergleich zur negativen Beschreibung des Erfahrungsraums Politik heißt es pathetisch, „Demokratie wird erfahren durch die Verbindung von Zugehörigkeit, Mitwirkung, Anerkennung und Verantwortung.“ (ebd., S. 18)

Mit dem BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“ (www.blk-demokratie.de) etablierte sich die Demokratiepädagogik und wurde später durch einen 2005 gegründeten eigenen Verband, die Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe), nachhaltig abgesichert. Die DeGeDe besetzte u. a. erfolgreich wichtige Felder der politischen Frühsozialisation, wie das Demokratielernen im Kindergarten, den Klassenrat in der Grundschule, aber auch das Lernen durch Engagement (Service Learning) im Jugendalter und damit Praxisfelder, die die politische Bildung nicht im Blick hatte. Insofern war sie von Anfang an eine sinnvolle pädagogische Ergänzung im Sinne eines „epigenetischen Entwicklungsmodells“ (Krappmann 2000, S. 80 f.), in dem politische Bildung aufbauen kann auf Grundlagen, die durch demokratiepädagogische Erziehung und Bildung gelegt wurden.

### 3. Neue Unübersichtlichkeit

Nach der Etablierung der Demokratiepädagogik tauchten weitere Begriffe auf, die gewissermaßen synonyme oder ergänzende Termini für politische Bildung sind. Soweit das für die 2000er-Jahre nachweisbar ist, benutzte die Erziehungswissenschaftlerin Viola B. Georgi zum ersten Mal in einer ihrer Publikationen die vier Begriffe Demokratielernen, Demokratiebildung, Demokratieförderung und Demokratiepädagogik synonym, ohne diese voneinander abzugrenzen (Georgi 2006, insbes. S. 11 ff.).

Dem Großtrend folgte im Jahr 2009 dann die Kultusministerkonferenz (KMK) mit einem Beschluss zur „Stärkung der Demokratieerziehung“ und fügte so der Reihe der Begriffe von Georgi einen weiteren Terminus hinzu. Auch im Papier der KMK gehen diese Begriffe quasi synonym durcheinander. Es wird davon gesprochen, dass „Demokratielernen [...] Grundprinzip in allen Bereichen [der] pädagogischen Arbeit“ der Schule und dass „Demokratieerziehung [...] Aufgabe aller Fächer“ sein soll. Die „Realisierung von Demokratieerziehung und demokratischer Schulkultur [solle ein] Kriterium von Schulentwicklung“ sein.

Last but not least sei auf eine Publikation mit dem Titel „Demokratiedidaktik“ hingewiesen (Lange/Himmelman 2010). Die beiden Herausgeber sind für die hier

vorgestellte Entwicklung wichtige Protagonisten. Gerhard Himmelmann hat mit seinem Buch „Demokratie-Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform“ (2001) eines der wichtigsten frühen Referenzwerke der Demokratiepädagogik verfasst. Und Dirk Lange war 2013 als Professor für Didaktik der politischen Bildung der maßgebliche Initiator und Gründer des „Instituts für Didaktik der Demokratie“ an der Leibniz Universität Hannover ([www.demokratiedidaktik.de](http://www.demokratiedidaktik.de)).

Erziehung, Bildung, Förderung, Lernen, Didaktik und Pädagogik sind jeweils für sich genommen bereits komplizierte, komplexe Begriffe, die sinnvollerweise voneinander zu unterscheiden sind. Und erst recht stellen sich Fragen nach den Bedeutungen der Worte, wenn all diese Begriffe mit dem Vorwort „Demokratie“ verbunden werden. Ein Standardwerk zu Demokratie-Theorien, auf das auch in der politischen Bildung gerne zurückgegriffen wird, stellt für die Moderne acht, für die Gegenwart fünfzehn weitere Demokratietheorien vor. Dabei können wir davon ausgehen, dass es sich bereits um eine sehr reduzierte Auswahl handelt (Massing u. a. 2012). Alleine die arithmetisch hoch gerechnete Kombination aus politikwissenschaftlichen Demokratie- und erziehungswissenschaftlichen Bildungsbegriffen ist so groß, dass die Frage, was wir denn aus dieser neuen Unübersichtlichkeit zusammengesetzter Begriffe in reflektierte Theorie und Praxis politischer Bildung im 21. Jahrhundert transferieren wollen, kaum auf eine schnelle Antwort hoffen kann.

Die politische Bildung hat lange gebraucht, bis sie nach 1945 ein professionelles Selbstverständnis entwickelt hat. Heute versteht sich aber die schulische Politikdidaktik selbstbewusst als eigene Wissenschaft (Massing 2011). Aber auch für die non-formale politische Jugend- und Erwachsenenbildung lässt heute ein professionelles Selbstverständnis beschreiben (vgl. u. a. Bielenberg 2016 u. Widmaier 2010). Die mit Demokratie kombinierten Begriffe und potentiellen Bildungsaufgaben aber sind schwammig und für die Beschreibung einer Profession (bisher) nicht geeignet (vgl. zum Professionsverständnis politischer Erwachsenenbildung auch Scheidig 2016).

#### **4. Vielfalt der Begriffe etabliert sich**

In jüngster Zeit erschienen zur politischen Bildung und zum Demokratielernen einige Stellungnahmen von Verbänden oder Themenausgaben von Zeitschriften. Meines Erachtens lässt sich damit die Hypothese einer Renaissance der politischen Bildung nicht weiter verifizieren. Im Gegenteil bleibt es bei einer Vielzahl von Begriffen und einer allgemeinen Unübersichtlichkeit.

Ende 2017 haben zwei wichtige jugendpolitische Akteure Erklärungen zur politischen Bildung herausgegeben. Das Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ), des nationalen Zusammenschlusses für die Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, hat den Titel „Politische Bildung junger Menschen – ein zentraler Auftrag für die Jugendarbeit“ (AGJ 2017). Das für eine Positionsbestimmung recht umfangreiche Papier vermeidet konsequent die oben benannten mit „Demokratie“ kombinierten Begriffe und gewinnt damit eine große Stringenz. Es arbeitet ein „Begriffsverständnis politischer Bildung“ heraus und stellt dabei „das Politische“ in den Mittelpunkt, womit „nicht allein (Partei-)Politik und das Wissen über

politische Systeme gemeint ist, sondern vielmehr die Art und Weise, wie Menschen gemeinsam ihre öffentlichen Angelegenheiten regeln.“ (AGJ 2017, S. 2) Im Mittelpunkt des Papiers steht die Orientierung auf Partizipation, Interessenorientierung und politisches Handeln. Der zugrundeliegende Politikbegriff ist an Macht und Herrschaft orientiert und es wird deutlich gemacht, dass „vermeintlich individuelle Herausforderungen auch eine politische Dimension haben.“ (AGJ 2017, S. 3)

Die AGJ hat parallel die Ausgabe 04/2017 ihrer Zeitschrift „Forum Jugendhilfe“ unter das Thema „Im Fokus – Politische Bildung“ gestellt. Im Vergleich zur Stringenz der Positionsbestimmung wird deutlich, wie vielfältig (und damit unspezifisch) sich die Praxis von politischer Bildung darstellt. In den Überschriften der einzelnen Beiträge tauchen etwa die Begriffe Europa, Kooperation mit Schule, Digitalisierung, Jugendverbandsarbeit, kulturelle Jugendbildung und Jugendsozialarbeit auf. Alle Bereiche werden aber konsequent (auch begrifflich) mit „politischer Bildung“ in Verbindung gebracht.

Zeitgleich im Dezember 2017 hat das Bundesjugendkuratorium (BJK) ein Thesenpapier mit dem Titel „Demokratie braucht alle. Thesen zu aktuellen Herausforderungen und zur Notwendigkeit von Demokratiebildung“ herausgegeben. Als ein von der Bundesregierung eingesetztes Sachverständigen-gremium ist das BJK das wichtigste jugendpolitische Beratungsgremium in Deutschland. Warum ausgerechnet das BJK, das natürlich auch die Kinder- und Jugendberichte mit verantwortet, in seinem Thesenpapier konsequent den Begriff „politische Bildung“ vermeidet, der im Jugendbericht im Mittelpunkt steht, ist völlig inkonsequent und nicht nachvollziehbar. Ärgerlich ist vor allem, dass nur an einer einzigen Stelle vom „Fach der politischen Bildung“ gesprochen und damit der Eindruck erweckt wird, dass ein formales Schulfach politische Bildung abzugrenzen ist von der Demokratiebildung in der non-formalen Jugend- und Erwachsenenbildung (BJK 2017, S. 3). Das ist meines Erachtens fatal! Auch sonst entspricht das BJK-Papier nicht den Ansprüchen, die man an ein hochkarätiges Expertengremium stellen darf. In den gesellschaftlichen Diagnosen zur Situation der Jugend werden altbekannte Allgemeinplätze wiederholt. Eine echte innovative Richtung ist im Vergleich zu früheren Verlautbarungen und Aktionen des BJK – etwa der Kampagne „Bildung ist mehr als Schule“ aus dem Jahr 2002 – nicht zu erkennen.

Die Zeitschrift „EB-Erwassenenbildung“ der Katholischen Erwachsenenbildung Deutschland (KEB) hat ihrem Heft 1/2018 den Titel „Demokratieentwicklung“ gegeben – ein weiterer Begriff in unserer Reihe neuer politisch-pädagogischer Unübersichtlichkeit. Immerhin wird dort im Editorial einigermaßen plausibel vermittelt, warum dieser Titel gewählt wurde und es wird eine Verbindung geschaffen zu der oben beschriebenen konstituierenden Denkweise der Demokratiepädagogik. Demokratie sei „vor allem auch eine Lebensform“. Und „so gesehen bekommt politische Bildung [...] eine umfassende gesellschaftliche und persönlichkeitsbildende Dimension.“

## 5. Neue Praxis auf der Basis unklarer Begriffe

Aus den bisherigen Ausführungen ist deutlich geworden, dass den Begriffen wie Demokratieförderung, Demokratielernen, Demokratiebildung, Demokratiedidaktik, Demokratieverziehung und Demokratieförderung, mit Ausnahme der Demokratiepädagogik, weder theoretisch noch praktisch ausgearbeitete pädagogische Konzepte zugrunde liegen.

Vielleicht ist es deshalb kein Zufall, dass die Bundesregierung in ihrer „Strategie [...] zur Extremismusprävention und Demokratieförderung“ 2016 zwar eine Begriffsbestimmung wagt, am Ende aber auf die altbewährte politische Bildung zurückgreift und sie als erstes Handlungsfeld der Demokratieförderung benennt:

„Die Bundesregierung versteht unter Demokratieförderung Angebote, Strukturen und Verfahren, die demokratisches Denken und Handeln stärken, eine demokratische politische Kultur auf Grundlage der wertgebundenen Verfassung fördern und entsprechende Bildungsprozesse und Formen des Engagements anregen. Dazu gehören zum einen Maßnahmen, die demokratieförderliche Rahmenbedingungen und Strukturen aufrechterhalten und verbessern, beispielsweise in Form des Ausbaus von Beteiligungskulturen und -verfahren sowie die Stärkung von Personen in ihrer Urteilskraft und Teilhabe in demokratischen Prozessen und in ihrer Handlungskompetenz gegenüber demokratiefeindlichen Haltungen. Einen wichtigen Beitrag hierzu leistet ein diskursiver Demokratieschutz, der darauf beruht, dass gesellschaftliche und politische Akteure in einer Demokratie mit aufklärenden Argumenten ihre Werte darlegen und verteidigen. Eine besondere Rolle spielt hierbei die politische Bildung.“ (BMFSFJ 2016, S. 11)

Bildungs- und jugendpolitisch hat die Bundesregierung die Strategie zur Extremismusprävention und Demokratieförderung mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben“ in die Praxis umgesetzt. Die in dieses Programm investierten Mittel hatten in den vergangenen Jahren einen enormen Zuwachs. Von einem zum anderen Haushaltsjahr stiegen die Mittel um 50 % und lagen dann 2017 bei 104 Mio. Euro.<sup>1</sup> Diese umfangreiche Ausstattung führte schnell zum Aufbau von neuen institutionellen Strukturen: Auf der Ebene der Bundesländer wurden sogenannte „Landesdemokratiezentren“ aufgebaut, auf der kommunalen Ebene sogenannte „Partnerschaften für Demokratie“. Darüber hinaus werden, eng begleitet vom Ministerium selbst, 35 neue bundeszentrale Träger der Demokratieförderung aufgebaut und die Zahl der sogenannten Modellprojekte unter dem Dach von „Demokratie leben“ ist schnell angestiegen (vgl. [www.demokratie-leben.de](http://www.demokratie-leben.de)).

Ironischerweise verdanken wir die aktuell besten und detailliertesten Informationen zur Entstehung, zum Hintergrund und zur Verteilung der Fördermittel im Bundesprogramm „Demokratie leben“ einer Anfrage der AfD im Deutschen Bundestag. Die Anfang März 2018 erschienene Antwort der Bundesregierung listet minutiös auf, wie und wohin die Fördermittel geflossen sind. Für eine kritische Analyse des Bundesprogramms ist das sehr interessante Quellenmaterial (Deutscher Bundestag 2018).

Eine fachliche Debatte über das Programm „Demokratie leben“ fängt gerade erst an (vgl. Widmaier 2017 und 2018). Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap),

der bundesweite Zusammenschluss der Träger der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, beschäftigt sich seit einem Jahr intensiv mit dem Thema. Vorbereitet von der AG Grundsatzfragen des bap fand im November 2017 ein Fachtag in Berlin und im Februar 2018 eine Fachtagung im Haus am Maiberg in Heppenheim statt. Beide Veranstaltungen – insbesondere die Tagung in 2018 mit dem Titel „Was heißt Demokratieförderung – und welche Rolle spielt dabei die politische Bildung“ – waren zunächst darauf angelegt Klärungsbedarf anzumelden und Kommunikationsräume zwischen „neuen“ Trägern der Demokratieförderung (vgl. dazu Bielenberg 2017, insbes. S. 11 f.) und „alten“ Trägern der politischen Bildung zu schaffen.

## 6. Paradigmenwechsel und Strukturwandel kritisch diskutieren

Die Zeit für eine solche intensive fachliche Diskussion ist längst überfällig. Deshalb ist es zu begrüßen, dass sich inzwischen – wenn auch etwas halbherzig, weil die Stellungnahme lange nicht veröffentlicht worden ist – auch die Landeszentralen für politische Bildung zu Wort gemeldet haben. Die Landeszentralen melden zurecht Bedenken an, dass „Parallelstrukturen unter dem Label ‚Demokratiepädagogik‘ entstehen“ (Landeszentralen 2018, S. 1).

Die Problemanzeige der Landeszentralen bezieht sich insgesamt auf die beiden hier beschriebenen Entwicklungen eines inhaltlichen Paradigmenwechsels – von der politischen Bildung zur Demokratiepädagogik inkl. aller hier genannten Begriffe und Felder – sowie den institutionellen Strukturwandel mit einem massiven Aufbau von neuen Trägerstrukturen (vgl. Widmaier 2018). Der inhaltliche Paradigmenwechsel hat, wie wir gesehen haben, bereits eine längere Entwicklungsgeschichte hinter sich. Die inflationäre Schaffung neuer, der „Demokratiepädagogik“ ähnlicher Begriffe, ohne eine fundierte inhaltliche und konzeptionelle Bestimmung oder Abgrenzung, ist meiner Meinung nach nicht sinnvoll. Wenn die politische Bildung sich als eigenständige Profession versteht und behaupten will, muss sie eine Debatte darüber führen.

Eine solche klärende Fachdebatte ist vor allem deshalb wichtig, weil seit über einem Jahr konkrete Pläne und Entwürfe für ein „Demokratiefördergesetz“ bekannt geworden sind (vgl. Widmaier 2017). Mit einem solchen Gesetz, das vor allem die SPD als ihr Projekt ansieht, sollen die mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben“ aufgebauten institutionellen Strukturen in eine dauerhafte und nachhaltige Förderung überführt werden. Damit wären die Parallelstrukturen in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung endgültig und dauerhaft etabliert.

## Anmerkungen

- 1 Auch wenn es bekanntermaßen schwierig ist, Äpfel mit Birnen zu vergleichen, scheint mir ein Vergleich mit den Fördermitteln für Maßnahmen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zumindest erhellend. Die Bundeszentrale für politische Bildung stelle in den letzten Jahren ca. 10 Mio. Euro p. a. für die Erwachsenenbildung zur Verfügung und aus dem Programm „Politische Bildung“ im Kinder- und Jugendplan stand eine ähnliche Summe für die non-formale politische Jugendbildung in Deutschland zur Verfügung.

## Literatur

- Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) (2017): Politische Bildung junger Menschen – eine zentraler Auftrag für die Jugendarbeit. Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe, Berlin.
- Becker, Helle (2017): Die Zeiten sind günstig! Zur Renaissance der politischen Bildung im Kinder- und Jugendbericht, in: Außerschulische Bildung, Heft 2/2017, S. 81.
- Bielenberg, Ina (2016): Die zivilgesellschaftlichen Institutionen und Träger der politischen Erwachsenenbildung, in: Klaus-Peter Hufer/Dirk Lange (Hrsg.), Handbuch Politische Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts., S. 272 – 280.
- Bielenberg, Ina (2017): Es gibt immer noch was zu tun. Entwicklungspotentiale politischer Jugendbildung, in: Forum Jugendhilfe, Heft 4/2017, S. 9 – 15.
- Bundesjugendkuratorium (BJK) (2017): Demokratie braucht alle. Thesen zu aktuellen Herausforderungen und zur Notwendigkeit von Demokratiebildung, München.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2016): Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, Berlin.
- Deutscher Bundestag (2018): Das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Stephan Brandner und der Fraktion der AfD (Drucksache 19/744), Drucksache 19/1012 vom 01.03.2018, Berlin.
- Edelstein, Wolfgang, Fauser, Peter (2001): Demokratie lernen und leben. Gutachten für ein Modellversuchsprogramm der BLK, (Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Heft 96), Bonn.
- Georgi, Viola B. (2006): Demokratie lernen in der Schule. Leitbild und Handlungsfelder, Berlin.
- Götz, Michael/Wohnig, Alexander/Widmaier, Benedikt (Hrsg.) (2015): Soziales Engagement politisch denken. Chancen für politische Bildung, Schwalbach/Etz.
- Himmelmann, Gerhard (2001), Demokratie-Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform, Schwalbach/Ts.
- Krappmann, Lothar (2000), Politische Sozialisation in Kindheit und Jugend durch Partizipation an alltäglichen Entscheidungen – ein Forschungskonzept, in: Hans-Peter Kuhn, Harald Uhlendorff, Lothar Krappmann (Hrsg.), Sozialisation zur Mündigkeit, Opladen 2000, S. 77 – 92.
- Landeszentralen für politische Bildung (2018): Stellungnahme der Landeszentralen für politische Bildung vom 29.01.2018 zu den Planungen der Bundesregierung zur Ausweitung des Programms „Demokratie leben“, zur Etablierung eines „Nationalen Präventionsprogramms gegen islamischen Extremismus“ und zur Schaffung eines Demokratiefördergesetzes, in: Polis, Heft 2/2018, Schwalbach/Ts.
- Lange, Dirk, Himmelmann, Gerhard (Hrsg.) (2010): Demokratiedidaktik. Impulse für politische Bildung, Wiesbaden.
- Massing, Peter, Breit, Gotthard, Buchstein, Hubertus (Hrsg.) (2012): Demokratie-Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, 8. völlig überarb. Aufl., Schwalbach/Ts.
- Massing, Peter (2011): Politikdidaktik als Wissenschaft, Schwalbach/Ts.
- Scheidig, Falk (2016): Professionalität politischer Erwachsenenbildung zwischen Theorie und Praxis. Eine empirische Studie zu wissensbasierter Lehrtätigkeit, Bad Heilbrunn.
- Widmaier, Benedikt (2009): Nichts ist politisch? Zunehmende Entpolitisierung fordert die politische Bildung heraus, in: EB – Erwachsenenbildung, Heft 3/2009, S. 145 – 149.
- Widmaier, Benedikt (2010): Non-formale politische Bildung in Deutschland, in: Bettina Lösch, Andreas Thimmel (Hrsg.), Kritische politische Bildung. Ein Handbuch, Schwalbach/Ts. 2010, S. 471 – 482.
- Widmaier, Benedikt (2017a): Wachsende Bedeutung der politischen Bildung? Anmerkungen zum 15. Kinder- und Jugendbericht, in: Deutsche Jugend, Heft 7-8/2017, S. 324 – 330.



- Widmaier, Benedikt (2017b): Sollte die fdGO-Formel der Kern eines Demokratiefördergesetzes sein?, in: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hrsg.), Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland, 10/2017 vom 18.05.2017, Berlin.
- Widmaier, Benedikt (2018): Strukturwandel der non-formalen Politischen Bildung in Deutschland, in: Anja Besand, Uwe Gerhard, Susann Gessner (Hrsg.), Politische Bildung mit wachem Blick. Festschrift für Wolfgang Sander zum 65. Geburtstag, Schwalbach/Ts., S. 146 – 157 (i. E.).